Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr 18. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend den 22 Januar 1927

Sinnlosigkeiten.

Langsam beginnt die Sensation des Sechstagerennens, bisher ein nie versagender Höhepunkt des Sportbetriebes in unseren Großstädten, ihre frühere Anziehungskraft einzubüßen. Die 18. Veranstaltung dieser Art, die in diesen Tagen den ebenso lärmfrohen wie anspruchslosen Berlinern vorgesetzt wurde, wird vielleicht noch nicht die allerletzte ihres Zeichens gewesen sein, aber wie lange werden sich noch genügend Zuschauer um ihretwillen kostbare Tages- oder Nachtstunden um die Ohren schlagen wollen? Unter vier Augen kann man ja wohl jetzt schon des öfteren das Bekenntnis vernehmen, daß im Grunde nur noch sehr minderwertiges Publikum an solchen Dingen Gefallen finde; diesmal aber hat das Rennen mit einer so offenkundigen moralischen Pleite geschlossen, daß über seine vollendete Sinnlosigkeit nur noch eine Stimme herrschte. Es wäre gut, wenn wenigstens mit diesen äußersten Übertreibungen der Sportfexerei, wie sie sich in den letzten Jahren bei uns eingebürgert hatten, endlich Schluß gemacht würde. Für den gesunden Sport jeder Art, dessen unbedingte Notwendigkeit selbstverständlich durch noch so verkehrte Ausschreitungen nicht im geringsten beeinträchtigt wird, bleibt uns noch genug zu tun übrig, um unsere jungen wie auch unsere älteren Semester auf die Höhe körperlicher und damit in Verbindung auch geistiger Leistungsfähigkeit zu bringen. Aber ganze Tage und Nächte lang unentwegt die Pedale zu treten, ist wirklich schon mehr eine Aufgabe, die unterhalb der Grenze menschlicher Veranlagung und menschlichen Ehrgeizes liegt oder doch liegen sollte. Wenn gewisse Volksschichten auf solche Vergnügungen nicht verzichten können, so mögen sie selbst zusehen, wie und wo sie ihrer habhaft werden können; die große Öffentlichkeit und damit die gesunden Teile unserer Bevölkerung sollte man für diese Lustbarkeiten fernerhin doch lieber nicht mehr in Anspruch nehmen.

Auf eine regelmäßige Wiederkehr unserer Regierungskrisen — es ist der vierzehnte Reichskanzler, der seit den Novemberereignissen von 1918 jetzt in Deutschgesucht wird — werden wir dagegen für absehbare Zeit immer noch mit ziemlicher Bestimmtheit rechnen müssen. Denn noch kann niemand sagen, ob es diesmal gelingen wird, eine „starke" Mehrheitsregierung zustande zu bringen. Noch weniger, ob, selbst wenn sie ins Leben tritt, die kaum noch zu steigernde Leidenschaftlichkeit unseres täglichen Parteikampfes es nicht verstehen wird, in wenigen Wochen oder Monaten wieder neuen Konfliktsstoff zutage zu fördern. Diese Dauerkrisen, diese Krisen im Kreise, wie man sie mit Recht genannt hat, sind gewiß nicht als Volksbelustigungen gemeint; über solchen Verdacht ist der Reichstag mit seinen ganz ernster Arbeit hingegebenen Parteien erhaben. Aber außerhalb des Reichstages wächst unzweifelhaft die Neigung, sie von solchen einigermaßen respektlosen Gesichtspunkten aus zu beurteilen, je häufiger der Reichspräsident in die Notwendigkeit versetzt wird, Aufträge zu Kabinettsbildungen zu erteilen. Wieviel angeblich „entscheidende" Beschlüsse sind seit dem 10. Januar, dem Tage, an dem der erste Schritt zur Lösung der Krise von Herrn von Hindenburg getan wurde, inzwischen nicht schon von den verschiedenen Fraktionen gefaßt worden? Wie haben sich die Fraktionen die größte Mühe gegeben, in der Beantwortung von an sie gerichteten Fragen der erwarteten klaren Stellungnahme solange wie nur irgend möglich aus dem Wege zu gehen, fast, möchte man sagen, nach Art ängstlicher Jungfrauen, die da glauben, daß, wenn Zeit gewonnen sei, für sie alles gewonnen sei. Wie oft hat nicht schon bald das Zentrum die Volkspartei, bald diese die Sozialdemokratie oder ein Parteiführer einen anderen „brüskiert", die Verantwortung für die Vergeblichkeit dieses oder jenes Versuches von links nach rechts und von rechts wieder nach links geschoben und zurückgeschoben. Und wie haben sich die Parteien mit der Formulierung von Beschlüssen abgemüht, deren überwältigende Vieldeutigkeit, kaum, daß sie veröffentlicht waren, zu den bösesten Spöttereien hätten Anlaß geben können, wenn nicht der Gegenstand, um den es sich handelte, schließlich als doch gar zu ernst für die Erweckung von Heiterkeit empfunden worden wäre. Ein nichts weniger als erhebendes Schauspiel, an dessen möglichst rascher Beendigung wirklich alle Parteien ein ganz gleichmäßiges Interesse haben und auch bekunden sollten. Angesichts der vielen Nöte unseres Volkes darf dieses Handeln und Feilschen um Parteiverbindungen und Ministersitze unmöglich abermals Wochen oder gar Monate weiter fortgesetzt werden, ohne zur vollendeten Sinnlosigkeit zu werden.

Die Pariser Restpunktverhandlungen.

Günstiger Verlauf der Besprechungen.

Gegenüber der Vermutung, daß die deutschen Delegierten vor der Lösung der Berliner Regierungskrise keine endgültigen Vorschläge unterbreiten können, die eine Bereinigung der Frage der Ostfestungen zuließen, glaubt der „Matin" mitteilen zu können, daß General von Pawelsz und Legationsrat Forster ihre ursprünglichen Vorschläge abgeändert hätten. Dieser überarbeitete Text sei von dem Versailler Militärkomitee unter Vorsitz von Marschall Foch geprüft worden. Es bestehe Grund zu der Hoffnung, daß die Verhandlungen demnächst ein günstiges Ergebnis zeitigen würden.

Der Zentrumsbeschluß.

Der Zugang zu Verhandlungen im Sinne von Hindenburgs Appell eröffnet

Noch immer Parteiberatungen.

Hindenburgs Brief an Dr. Marx.

Die Lösung der Regierungskrise ist am Freitag nicht viel weitergebracht worden. Die meisten Reichstagsfraktionen hielten Beratungen ab, die der durch den Brief v. Hindenburgs an Marx geschaffenen innenpolitischen Lage galt. In diesem Brief richtet bekanntlich der Reichspräsident an Dr. Marx das Ersuchen, die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien des Reichstages mit tunlichster Beschleunigung vorzunehmen. Er appelliert gleichzeitig an die hier in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages, persönliche Bedenken beiseite zu lassen, wobei er besonders hervorhebt, daß die kommende Regierung nicht gegen einzelne Parteien, sondern für das Wohl des Vaterlandes arbeite und die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen wahren müsse. Als erste Fraktion des Reichstages hat sich die des Zentrums mit diesem Appell des Reichspräsidenten beschäftigt. Über ihre Sitzung, die zum Teil erregt verlaufen sein soll, wird in einer partei-offiziösen Auslassung mitgeteilt, daß nach dem Scheitern der von ihr angestrebten Regierung der Mitte ein Zustand geschaffen ist, der große staatspolitische Gefahren in sich schließt und nicht länger verantwortet werden kann. Der erneute Ruf an die Zentrumsfraktion, die Regierungsbildung führend zu beschleunigen, stellt, so heißt es in der Auslassung weiter, die Fraktion vor eine überaus verantwortliche Aufgabe. Bei der Inangriffnahme dieser Aufgabe legt die Fraktion Wert darauf, dem Lande gegenüber ihre außen- und innenpolitischen Grundlinien unter Berücksichtigung der neu geschaffenen Lage klar herauszustellen.

Das Zentrum hat einige Mitglieder seines Vorstandes mit der redaktionellen Abfassung von Richtlinien beauftragt, die den Besprechungen mit den Deutschnationalen zugrunde gelegt werden sollen. Diesem Redaktionsausschuß gehören Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sowie die Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth und Joß an. Die von diesem Ausschuß ausgearbeiteten Richtlinien wurden dann am Freitag abend von der Zentrumsfraktion eingehend beraten.

Der Brief des Reichspräsidenten an den Reichskanzler hat bei den politischen Parteien die größte Beachtung gefunden. Während in den Kreisen der rechtsstehenden Parteien der Schritt Hindenburgs durchaus gebilligt und darauf hingewiesen wird, daß es zu begrüßen ist, wenn Reichspräsident Hindenburg nach mehrwöchiger Regierungskrise jetzt endlich dem deutschen Volke zu einer Regierung verhelfen will, wird in linksstehenden Kreisen bezweifelt, ob das Schreiben des Reichspräsidenten mit der Reichsverfassung zu vereinbaren ist. Von unterrichteter parlamentarischer Seite wird gegenüber diesem Meinungskampf darauf hingewiesen, daß auch bei früheren Gelegenheiten der Auftrag zur Regierungsbildung in der Form erteilt worden sei, daß gleichzeitig die Art der vom Reichspräsidenten beabsichtigten Kombination umrissen wurde. So erinnert man an das Schreiben des Reichspräsidenten vom 15. Mai v. J. an Herrn Dr. Marx. Auch Reichspräsident Ebert hat z. B. am 26. Oktober 1921 an den damaligen Reichskanzler Dr. Wirth ein Schreiben gerichtet, das ungefähr der heutigen Situation entspricht. Ebenso beauftragte er am 24. November 1923 Herrn Dr. Kardorff, eine Regierung der bürgerlichen Parteien zu bilden. Am Tage darauf ersuchte er den Staatssekretär Albert, ein Kabinett ohne parteipolitische Bindungen zusammenzustellen, und als auch diese Kombination scheiterte, erteilte er den Auftrag zur Bildung einer Regierung, die sich auf die mittleren Parteien stützt.

•

Das Manifest

Berlin, 21. Januar. Die einstimmig von der Fraktion beschlossene Kundgebung besagt u. a.: Mit wachsendem Befremden sind weite Kreise des deutschen Volkes der politischen und parlamentarischen Entwicklung der letzten Wochen gefolgt. Die öffentliche Meinung im Lande vermag in dem Zank und Streit der Parteien keinen Sinn mehr zu erkennen. Sie will in dem politischen Wirrwarr unserer Tage klaren Weg und zuversichtliche Führung sehen. Beides ist nur zu gewinnen, wenn wir unserem politischen Tun Richtung auf ein höheres Ziel geben und das politisch Notwendige entschlossen aussprechen. Die deutsche Republik soll uns nach außen hin freimachen und nach innen die Kräfte auslösen, die den deutschen Staat zum echten Volksstaat machen. Als Machtinstrument unseres Staates ist uns nur die Reichswehr verblieben. Unsere Reichswehr darf weder einer Partei, noch einer Klasse, noch irgendwelchen sonstigen Machtgruppen dienen. Gewaltig und tiefgreifend sind die sozialen Umschichtungen in unserem Volke seit dem Weltkrieg gewesen. Es stehen große Gesetzesvorlagen vor uns, die das Gesamtwerk der deutschen Sozialpolitik fortführen und vollenden sollen. Unsere staatliche Sozialpolitik muß sich zur sozialen Staatspolitik ausweiten. Aber nicht Gesetze allein, sondern wahrhaft soziale Erneuerung im Geiste und im Willen tut not. Alle Ausbauarbeit im Innern und alle soziale Reformarbeit wird nur dann Erfolg haben können, wenn es gelingt, das deutsche Volk als ganzes wieder in eine europäische zwischenstaatliche Rechtsordnung einzufügen. Auch die Außenpolitik und die Beziehungen Deutschlands zu den Völkern der Welt müssen, wie wir das immer erstrebt haben, in einem neuen Geist der Vertragstreue, des Verständigungswillens, der loyalen Mitarbeit in den Einrichtungen der Völkersolidarität sich vollziehen. Unser Sehnen geht nach Freiheit und selbständiger Schicksalsgestaltung. Kein gesittetes Volk kann ohne gesicherte Grenzen leben, kann es ertragen, daß sein Gebiet von fremder Macht besetzt bleibt. Jede deutsche Politik wird deshalb in zäher Ausdauer mit den Methoden der neuen Politik und ohne nationale Lebensinteressen zu verletzen, auf eine möglichst baldige endgültige Räumung des Rheinlandes hinarbeiten müssen. Die nächste Aufgabe einer weiteren Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, die wir uns wirklich angelegen sein lassen werden, kann nur gelingen, wenn beide Teile jederzeit im Geiste europäischer Solidarität arbeiten und den bloßen Machtgedanken zurückstellen. In diesem geistigen Rahmen sieht die Zentrumspartei die zeitnotwendige nationale und soziale Politik. Sie ist von dem Wunsche beseelt, möglichst rasch die Kräfte zu einer Regierung zu sammeln, die die bestmöglichen Bürgschaften zu einer Festigung des inneren Zusammenhaltens unseres Volkes im staatspolitischen und gesellschaftlichen Sinne in sich schließt.

•

Vor der Regierungsbildung durch Dr. Marx.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 21. Januar. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist als das Wesentliche der heutigen Arbeiten der Zentrumsfraktion der Beschluß anzusehen, in dem es heißt, daß die Fraktion sich mit den vom Vorstand der Fraktion vorgelegten Kundgebungen einverstanden erklärt und feststellt, daß damit Herrn Dr. Marx der Zugang zu Verhandlungen eröffnet worden ist. Reichskanzler Dr. Marx wird sich auf Grund dieses Beschlusses morgen zum Reichspräsidenten begeben und ihm mitteilen, daß er den Auftrag zur Bildung der bürgerlichen Mehrheitsregierung annimmt. Dr. Marx wird darauf, wie es heißt, schon morgen seine Besprechungen mit den in Betracht kommenden Parteiführern aufnehmen.

•

Dr. Marx nimmt den neuen Auftrag an

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 22. Januar. Amtlich wird gemeldet: Reichskanzler Dr. Marx begab sich heute vormittag zum Herrn Reichspräsidenten, berichtete über die gestrigen Beschlüsse der Zentrumsfraktion und erklärte, daß er im Sinne dieser Beschlüsse den Auftrag des Herrn Reichspräsidenten zur Regierungsbildung übernehme.

Die Berliner Kriegsgerätevorhandlungen abgeschlossen

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

Berlin, 21. Januar. Die in Berlin geführten Verhandlungen über die Restpunkte des Entwaffnungsprogramms, über diejenigen Fragen, die die Ausfuhr von Kriegsmaterial betreffen, sind heute abgeschlossen worden. Das Ergebnis der getroffenen Vereinbarungen wird morgen von den Vertretern der Reichsregierung und den interalliierten Stellen formuliert und der diesbezügliche Entwurf unterzeichnet werden. Eine amtliche Mitteilung über den Abschluß erfolgt im Laufe des morgigen Tages.

Die Klage des deutschen Volksbundes in Genf eingetroffen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Genf, 21. Juli. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union soeben erfährt, ist jetzt die Klage des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien gegen die Schulentscheidung der polnischen Regierung im Sekretariat des Völkerbundes eingetroffen. Hiermit beginnt nunmehr das offizielle Verfahren vor dem Völkerbund. Die Klage ist auf die deutschpolnische Konvention über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 begründet und an den Völkerbundsrat gerichtet. Es steht noch nicht fest, in welcher Weise dieser die Klage behandeln wird und zwar, ob die Klage zuerst vor das Dreierkomitee des Völkerbundes gelangt, das bisher allein die Minderheitsfragen erledigt hat oder ob die Klage diesmal vor dem gesamten Völkerbundsrat in der Märztagung zur Verhandlung gelangen wird.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF